

CO-PIPELINE PRESSEBERICHTE 2010

01.12.2010

(rp-online / von Gerhard Voogt)

Regierungspräsidentin will Bürger bei CO-Pipeline beteiligen

Der Protest gegen den Bau der umstrittenen Kohlenmonoxid-Leitung bekommt neuen Schub. Die Düsseldorfer Regierungspräsidentin Anne Lütkes (Grüne) sagte unserer Zeitung gestern, sie habe sich wegen der zahlreichen Abweichungen von der ursprünglichen Genehmigung für ein Planänderungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung entschieden. "Ich lege Wert auf eine juristisch umfassende und saubere Prüfung", sagte die Regierungspräsidentin. Die Bürgerbeteiligung führe zu mehr "Transparenz im Verfahren". Die Entscheidung für oder gegen eine Bürgerbeteiligung fällt in den Ermessensspielraum der Bezirksregierung. Die Planabweichungen seien "wesentlich", so Lütkes. Nur durch die Beteiligung der Öffentlichkeit könne "ein korrektes Planfeststellungsverfahren garantiert werden."

Laut Bezirksregierung sind bei der CO-Leitung an 90 bis 100 Stellen Trassenabweichungen von mehr als einem Meter festgestellt worden. Die Sicherheitsmatten, die die Leitung vor Beschädigungen schützen sollen, seien nicht überall breit genug. Abweichungen gebe es auch bei der verwendeten Stahlsorte und beim Material der Mantelrohre.

Das Planänderungsverfahren soll nach bisheriger Planung im Frühjahr eingeleitet werden. In den betroffenen Gemeinden werden die Anträge für einen Monat zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt. Im weiteren Verlauf ist ein zentraler Erörterungstermin vorgesehen, bei dem Bürger ihre Einwände vorbringen können. "Wir erwarten eine sehr gut besuchte Veranstaltung", sagte die Regierungspräsidentin. Die Verfahrensdauer wird unter Berücksichtigung aller Einwendungsfristen etwa ein Jahr dauern.

Die CO-Leitung soll die Bayer-Standorte in Dormagen und Krefeld miteinander verbinden. Kohlenmonoxid ist hochgiftig und geruchlos. Die Gegner der Pipeline begrüßen die geplante Bürgerbeteiligung. "Man spürt, dass ein neuer Wind in der Bezirksregierung weht", sagte Dieter Donner, Koordinator der Bürgerinitiativen gegen den Pipelinebau. Lütkes schöpfe "die juristischen Möglichkeiten nicht länger einseitig für Bayer aus". Der Protest gegen das Projekt Stuttgart 21 haben den Leitungs-Gegnern weiteren Zulauf beschert. "Wir haben jetzt Unterstützer aus allen Parteien", sagte Donner. Der Protest sei "in der Mitte der Gesellschaft verankert".

Jochen Klüner, Sprecher von Bayer Material Science, erklärte, die Sicherheitsvorkehrungen der Leitung überträfen die Standards und gingen über gesetzliche Vorschriften hinaus. Die Konkurrenzfähigkeit der Werkes Krefeld (7000 Arbeitsplätze) sei "erschwert", wenn die Leitung nicht in Betrieb gehe. Die Einbindung der Öffentlichkeit werde von Bayer befürwortet. Kohlenmonoxid wird unter anderem zur Herstellung von CDs und Brillen benötigt.

11.11.2010

(welt-online)

Landesregierung will Projekte nicht stoppen

Düsseldorf - Die Landesregierung will das Kohlekraftwerk in Datteln und die Kohlenmonoxid-Pipeline der Bayer AG nicht politisch stoppen. Das bekräftigte der nordrhein-westfälische Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) gestern im Landtag. Bei beiden Projekten hätten Urteile höchster Gerichte einen Stopp bewirkt. Es gehe nicht um politisches Wollen. "Nicht Bekenntnisse entscheiden, sondern Recht und Gesetz."

SPD und Grüne wiesen Spekulationen der Opposition über einen Koalitionsstreit in der Industriepolitik als substanzlos zurück. "Sie suchen den Riss zwischen SPD und Grünen", stellte die Vizechefin der Grünen-Fraktion, Daniela Schneckenburger, fest. "Es tut mir leid: Die Show fällt

aus." Auch Remmel warf der Opposition vor, sie versuche, einen Keil zwischen die Regierungsfraktionen zu treiben. In ihrem Antrag an den Landtag fordern CDU und FDP die Landesregierung auf, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um die beiden Projekte zu realisieren. Dazu gebe es in Reihen der Koalitionäre höchst widersprüchliche Äußerungen, argumentierte die Opposition. Auch die Linke forderte von der SPD mehr Klarheit, ob sie die Interessen der Bürger vertrete oder "alte Seilschaften" mit der Industrie wieder beleben wolle. Wirtschaftsminister Harry Voigtsberger (SPD) betonte, die Landesregierung führe "keinen Kreuzzug gegen Kohlekraftwerke". Sie werde dem Vorhaben in Datteln aber nicht "das Recht hinterherbiegen".

30.09.2010

(rp-online)

Giebels: "weiter gegen Pipeline"

In einer Pressemitteilung hat der Haaner CDU-Landtagsabgeordnete Harald Giebels am Mittwoch klargestellt: "Die Haltung der CDU im Kreis Mettmann und der vier CDU-Landtagsabgeordneten aus dem Kreisgebiet ist unverändert klar und eindeutig: Wir sind nach wie vor gegen die CO-Pipeline und deren Inbetriebnahme!"

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Josef Laumann, hatte sich auf dem Kleinen Parteitag der Kreis-CDU am vergangenen Montag in Hilden für die CO-Pipeline ausgesprochen. "Ich habe gegenüber Laumann und Laschet und in der gesamten Landtagsfraktion die Kritikpunkte und die berechtigten Sorgen und Ängste der Menschen sowie unsere ablehnende Haltung mehrfach deutlich gemacht", betonte Giebels: "Wir sagen und handeln in Düsseldorf nicht anders als im Kreis Mettmann - und dabei bleibt es!"

Die gegensätzlichen Positionen zur CO-Pipeline von Laumann und Laschet auf der einen Seite und der CDU des Kreises Mettmann (unter anderem auf der Grundlage eines entsprechenden Kreisparteitagsbeschlusses aus 2007) mit ihren vier Landtagsabgeordneten auf der anderen Seite seien allen Teilnehmern des "Kleinen Parteitages" bekannt gewesen.

"Die Positionierung von Laumann ist eine theoretische Grundsatzposition und resultiert wohl aus seiner Nähe zu Armin Laschet als dem von ihm unterstützten Kandidaten für den CDU-Landesvorsitz", äußerte sich Giebels. Er kündigte an, dass er mit seinen Landtagskollegen aus dem Kreis Mettmann mit Laumann und Laschet in Sachen CO-Pipeline weitere Gespräche führen werde.

Kommentar rp-online 29.09.2010:

War es Taktik, dass Karl-Josef-Laumann und nicht Armin Laschet das heiße Eisen CO-Pipeline anpackte? War es Kalkül, dass der Kreisvorsitzende Droste zwar nach der Rede von Laumann, nicht aber nach der von Laschet Diskussionsbedarf der versammelten CDU-Mitglieder abfragte? Wie soll man deuten, dass auch nicht einer der Pipeline-Gegner im Saal - unter ihnen der Landtagsabgeordnete Harald Giebels - laut aufmuckte? Laschet blieb es erspart, zu dem Thema Stellung zu nehmen. Sein Mitbewerber Röttgen hatte mit seiner ablehnenden Haltung zur Pipeline an der christdemokratischen Basis im Kreis Mettmann Hoffnungen auf einen Sinneswandel in der CDU-Landtagsfraktion genährt. Auf seinen Auftritt in Ratingen werden die Parteifreunde - und die Bürger - gespannt sein.

Hilden "Die Menschen im Kreis Mettmann erwarten ein klares politisches Verhältnis zur CO-Pipeline", appellierte Dr. Wilhelm Droste an Karl-Josef Laumann. Dessen Stellungnahme fiel deutlich aus: "Die Entscheidung für die Pipeline ist alternativlos richtig." Die CDU müsse den industriellen Fertigungsstandort NRW sicherstellen. Der Transport so großer Mengen Kohlenmonoxid über Schiene oder Straße sei nicht möglich. Beim Bau habe aber die Sicherheit Vorrang. Harald Giebels, einer der vier CDU-Abgeordneten aus dem Kreis, die im Landtag gegen die Leitung und damit gegen die eigene Fraktion votiert hatten, guckte betreten und meinte später zur RP, Laumanns Sichtweise sei "theoretisch". Hildens CDU-Fraktionschef Dr. Peter

Schnatenberg muckte nur leise auf, als Droste meinte: "Die Politik im Landtag wäre viel einfacher gewesen, wenn die Kommunalpolitiker nicht so lange geschlafen hätten." Aus der Versammlung kamen den ganzen Abend über weder Fragen noch Diskussionsbeiträge.

22.09.2010

(rp-online)

Pipeline: CDU setzt auf Röttgen

Während der Bundesumweltminister für seine kritischen Äußerungen zur CO-Pipeline Kritik einstecken muss, ist er für die Christdemokraten vor Ort ein neuer Hoffnungsträger. Auch die CDU-Landtagsfraktion müsse nun umdenken.

Die ablehnende Haltung von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) zu der in der Region umstrittenen Kohlenmonoxid(CO)-Pipeline des Bayer-Konzerns nährt an der christdemokratischen Basis im Kreis Mettmann Hoffnungen auf einen Sinneswandel auch in der CDU-Landtagsfraktion. "Ich hoffe, dass die Pipeline-kritischen Äußerungen eines Mitglieds des Bundeskabinetts auch in unserer Düsseldorfer Fraktion für ein Umdenken sorgen", sagte Hans-Dieter Clauser, CDU-Landtagsabgeordneter für den Südkreis und Vorsitzender der Langenfelder CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT).

"Nichts herausgerutscht"

Damit reagiert Clauser auf Äußerungen seines Vizefraktionschefs Lutz Lienenkämper. Der hatte am Sonntag betont, die CDU-Fraktion "steht zu diesem Projekt". Bislang sind die vier Abgeordneten aus dem Kreis Mettmann die einzigen aus dem Unionslager, die sich offensiv gegen die 67 Kilometer lange Röhre zwischen den Bayer-Standorten Dormagen und Uerdingen wenden.

Clauser hatte am Wochenende an der vorletzten Regionalkonferenz der Partei teilgenommen. Bekanntlich sollen diese Konferenzen beim Kampf um den CDU-Vorsitz in NRW eine Entscheidungshilfe bieten. Clauser ist sich als Augen- und Ohrenzeuge sicher: "Röttgen ist da nichts herausgerutscht. Er wollte Position beziehen." Der Haaner CDU-Landtagsabgeordnete Harald Giebels, der ebenfalls an der Regionalkonferenz teilgenommen hat, kennt den Bundesumweltminister noch aus Junge-Union-Zeiten und ist überzeugt: "Norbert Röttgen überlegt sich genau, was er öffentlich sagt." Ob die Stellungnahme des Ministers zur CO-Pipeline in der CDU-Landtagsfraktion, die bis auf die vier Abgeordneten aus dem Kreis Mettmann für die CO-Pipeline ist, zu einem Umdenken führen könnte, vermochte Giebels nicht zu hoffen. Röttgens Statement sei "sehr hilfreich" gewesen, doch Giebels weiß auch: "So schnell wird der Hebel nicht umgelegt."

21.09.2010

(www.themenportal.de / 18.09.2010)

Röttgen geht auf Distanz

Bundesumweltminister: Projekt hat mit einer Vernachlässigung der Sicherheit keine Zukunft

Als erster führender CDU-Politiker ist Bundesumweltminister Norbert Röttgen auf Distanz zu der umstrittenen CO-Pipeline des Chemiekonzerns Bayer zwischen Dormagen und Krefeld gegangen. Röttgen, der sich derzeit um den Landesvorsitz seiner Partei bewirbt, nannte am Freitagabend auf einer CDU-Regionalkonferenz in Krefeld Sicherheitsbedenken: "Jenseits des rechtlichen Aspekts ist meine Meinung, dass so, wie das Projekt begonnen wurde - mit einer Vernachlässigung der Sicherheit - es keine Zukunft hat."

Röttgens Konkurrent um den CDU-Landesvorsitz, Ex-Integrationsminister Armin Laschet, vermied eine Distanzierung von dem Pipeline-Projekt, das bislang von der CDU-Fraktion im Landtag unterstützt wird (..)

09.09.2010

(www.rp-online.de)

Rückenwind für Pipeline-Gegner

Umweltminister Johannes Remmel (Bündnis 90 / Grüne) strebt ein neues Genehmigungsverfahren zur umstrittenen CO-Pipeline zwischen Dormagen und Krefeld an. Derzeit ruht die Arbeit an der Trasse, weil Schäden an der Isolierung der Leitung festgestellt worden sind.

Die Betreiber der umstrittenen Bayer-Kohlenmonoxid-Pipeline von Dormagen nach Krefeld müssen mit einer weiteren Verzögerung der Inbetriebnahme rechnen. Der neue Umweltminister Johannes Remmel (Bündnis 90/Grüne) und die Bezirksregierung Düsseldorf streben ein neues Planfeststellungsverfahren mit Beteiligung der Öffentlichkeit für sämtliche Abweichungen der Bauausführungen von den genehmigten Plänen an. Das gab Remmel gestern im Umweltausschuss des Landtags bekannt. Anwohner zwischen Dormagen und Krefeld befürchten im Falle eines Schadens an der Anlage eine Katastrophe durch das geruchlose tödliche Kohlenmonoxid.

Pipeline-Gegner, von denen sich viele gestern auf den Weg nach Düsseldorf gemacht haben, reagieren auf die Ankündigung Rimmels mit Genugtuung. Dieter Donner, Sprecher der Bürgerinitiativen gegen die Pipeline, kommentiert die Ankündigung des Ministers so: "Wir freuen uns, dass die CO-Pipeline auf Jahre nicht in Betrieb genommen werden kann." Nach seiner Ansicht habe Remmel die Konsequenz aus einer Reihe von Mängeln, Versäumnissen und Schlampereien gezogen, die im Zuge des Pipeline-Baus bekannt geworden waren. Anwohner Peter Buhler (65) aus Monheim bemerkt trocken. "Remmel soll die Todes-Pipeline stoppen. Dafür haben wir ihn gewählt."

Ein Bayer-Sprecher gibt sich dagegen gelassen: "Wir sind über die Ankündigung des Ministers nicht überrascht und begrüßen das Verfahren. Das gibt uns die Möglichkeit, Planungsanpassungen wie etwa die punktuelle Verlegung von Trassen zu erklären." Ob ein zweites Planfeststellungsverfahren auch zu Verzögerungen der Inbetriebnahme führe, lasse sich jetzt noch nicht abschätzen.

Trotzdem ist unverkennbar, dass Bayer der Wind ins Gesicht weht. Remmel war zu Oppositionszeiten einer der entschiedensten Pipeline-Gegner. Zudem sitzt in der Düsseldorfer Bezirksregierung in Anne Lütke eine Parteifreundin Rimmels auf dem Chef-Sessel. Ihre Behörde ist Herrin des Genehmigungsverfahrens.

05.09.2010

(www.rp-online.de / 03.09.10)

Baustopp verhängt: Streit um CO-Pipeline

Die Düsseldorfer Bezirksregierung hat die aktuellen Bauarbeiten (wir berichteten) an der in der Region umstrittenen CO-Pipeline des Bayer-Konzerns vorübergehend gestoppt. Bayer Material Science (BMS) als künftiger Betreiber muss zunächst einen Katalog mit 25 Fragen abarbeiten, bevor die von dem Konzern als völlig unspektakulär eingestuften Nachbesserungsarbeiten fortgesetzt werden können. Bei diesen Arbeiten geht es nach Angaben des Unternehmens vor allem um Nachbesserungen an der dem Korrosionsschutz dienenden Kunststoff-Ummantelung einiger weniger Rohre. Mindestens drei kurze Abschnitte im südlichen Kreis Mettmann sollen betroffen sein, einer davon an der Beckersheide in Hilden. Dort hat die Baufirma ein etwa zehn Meter langes Rohrstück aus dem Boden entfernt und auf einem Erdhügel gelagert. An ihm sind zwei Stellen auffällig, an denen der Mantel der Pipeline offenbar repariert worden ist. "So dilettantisch flickt man nicht einmal einen Fahrradschlauch. Der Flicker steht ja an einer Stelle hoch", sagt Wilfried Korntheuer, der die RP auf die aufgerissene Baustelle parallel zur A3 aufmerksam gemacht hatte.

Nach Auffassung der Gegner bestätigt die aktuelle Entwicklung eine nunmehr seit drei Jahren zu beobachtende "Unzuverlässigkeit" beim Umgang mit der Leitung. Wieder einmal müsse Bayer Mängel an der Röhre zugeben, sagt Dieter Donner, Koordinator der Initiativen im Kreis Mettmann: "Arbeiten Bayer und die von Bayer beauftragten Firmen immer so dilettantisch oder nur an der CO-Pipeline, wo künftig extrem giftiges Gas nur wenige Meter an Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und an den Gärten von Bürgern entlang strömen soll?" Dass die neue Regierungspräsidentin Anne Lütkes den vorläufigen Baustopp verhängt hat, wertet Donner als Beleg dafür, "dass sie im Gegensatz zu Herrn Büssow die Nachfragen und Einwände der Pipeline-Gegner ernst nimmt".

22.07.2010

(www.rp-online.de / 20.07.10)

Neuer NRW-Wirtschaftsminister fordert mehr Rücksicht auf Anwohner-Interessen

Düsseldorf (ots) - Harry K. Voigtsberger, neuer NRW-Minister für Wirtschaft, Bauen und Verkehr in NRW, setzt sich dafür ein, dass Industrie und Politik die Interessen der Anwohner bei der umstrittenen CO-Pipeline künftig stärker berücksichtigen. Der SPD-Politiker sagte der in Düsseldorf erscheinenden "Rheinische Post" (Dienstausgabe), man müsse die "Betroffenen ins Boot holen, damit wichtige Projekte" wie die Kohlenmonoxid-Leitung "nicht durch juristische Querschüsse blockiert" werden. Nach dem Regierungswechsel habe NRW nun "die Chance, weltweit zur Modellregion für die kluge Verbindung von Ökologie und Ökonomie" zu werden.

19.07.2010

(www.rp-online.de / 15.07.10)

CDU: Grüne enttäuschen im Kampf gegen CO-Pipeline

Langenfeld/Monheim. Als "herbe Enttäuschung für alle Gegner der CO-Pipeline" wertet der CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Dieter Clauser die Vereinbarung von SPD und Grünen im neuen Koalitionsvertrag. "Bei zahlreichen Wahlkampf-Auftritten hatten die Kandidaten der SPD, der Grünen und der Linken um Wählerstimmen im Kampf gegen die Pipeline geworben. Nun kommen die Grünen in die Regierungsverantwortung, und plötzlich ist von ihrem Widerstand gegen die CO-Pipeline kaum mehr etwas zu spüren", meint Clauser. Der im Koalitionsvertrag eingeforderte Dialogprozess habe längst stattgefunden. Nur habe Bayer in allen Gesprächen "auch auf konstruktive Vorschläge" immer wieder mit Ablehnung reagiert.

14.07.2010

(www.rp-online.de)

Mahnwache vor dem Landtag

Gegner der Bayer-CO-Pipeline protestierten am Dienstag ab 13 Uhr mit einer Mahnwache vor dem Düsseldorfer Landtag gegen die umstrittene Gasleitung. Damit wollten sie der neuen Landesregierung zeigen, dass die CO-Pipeline weiterhin auf breite Ablehnung stöße, so die Veranstalter. Die Demonstrationen dauerten circa eine Stunde lang an. Unterschiedliche Bürgerinitiativen hatten sich zusammen geschlossen.

09.07.2010

(www.rp-online.de)

CO-Pipeline: Bayer reagiert auf Ärztekritik

Nachdem zuletzt 106 Kinder- und Jugendärzte an Bayer appelliert hatten, die CO-Pipeline zwischen Dormagen und Krefeld zu stoppen, reagiert nun der Chemiekonzern mit einem offenen

Brief. So schreiben Tony Van Osselaer und Jürgen Hinderer von Bayer Material Science: "Pipelines sind sowohl unter Sicherheits- als auch unter Umweltaspekten das beste Transportmittel für viele flüssige und gasförmige Stoffe." Industrieunternehmen - darunter auch Bayer - hätten jahrzehntelange Erfahrung im sicheren Umgang mit Kohlenmonoxid und betreiben verschiedene Versorgungsleitungen.

Und weiter: "Falsch ist Ihre Behauptung, es liege im - äußerst unwahrscheinlichen - Falle einer Störung im Ermessen von Bayer Material Science, ob und wann die Öffentlichkeit informiert wird." Richtig sei vielmehr, dass das Unternehmen innerhalb einer Minute Umfang und Ort der Leckage feststellen, Sofortmaßnahmen einleiten und unverzüglich die zuständigen Behörden einschalten müsse. Ein weiterer Punkt, der nicht den Tatsachen entspreche, sei die Behauptung der Kinder- und Jugendärzte, dass CO nur dort produziert werden dürfe, wo es verarbeitet werde. Eine solche gesetzliche Vorschrift existiere nicht, so Bayer.

Die Kinderärzte hatten in einem Brief an Regierungspräsident Jürgen Büssow gewarnt: "Bei einem Unfall gibt es tatsächlich keine Rettungsmöglichkeiten. Deshalb müssen wir präventiv tätig werden und die CO-Leitung verhindern."

(siehe auch Info-Brief: 103 Kinderärzte appellieren mit Offenem Brief zur Bayer CO-Pipeline)

29.06.2010

(www.rp-online.de / von Oliver Wiegand)

CO-Pipeline: Schutzkleidung mangelhaft

Der Kreis Mettmann wehrt sich weiter gegen die CO-Pipeline. Nach wie vor strittig ist der Alarm- und Gefahrenabwehrplan (AGAP), der im Fall eines Lecks an der 67 Kilometer langen Gasleitung zwischen den beiden Bayer-Werken Dormagen und Uerdingen in Kraft treten soll.

In der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses beharrte Rechtsdezernent Nils Hanheide auf seiner Auffassung, keiner der Beteiligten habe dem AGAP von Bayer zugestimmt. Es habe lediglich einige Arbeitsgruppensitzungen gegeben. "Abstimmen heißt aber nicht zustimmen", sagte Hanheide. Damit stellt sich Hanheide wie auch Landrat Thomas Hendele in der vergangenen Woche gegen die Auffassung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Jürgen Büssow. Büssow sagte, der Plan sei zwischen dem Betreiber Bayer MaterialScience AG und den betroffenen Kommunen abgestimmt. Nach wie vor nicht geklärt ist für den Kreis, was im Fall eines Lecks passiert, wenn sich das tödliche, farb- und geruchlose Gas ausbreitet.

Steigt Gas senkrecht in die Luft?

Bayer ginge offenbar davon aus, dass Kohlenmonoxid senkrecht in die Luft steige und der Wind kaum eine Rolle spiele, so Hanheide. Ein Problem habe der Kreis auch mit den "Entspannungsszenarien". Offenbar möchte Bayer im Fall eines Lecks das noch in der Pipeline befindliche CO mit einer Betriebsfackel am Standort Dormagen in der Luft verbrennen. Nicht geklärt ist nach wie vor, ob die Bevölkerung mit Sirenen entlang der Pipeline vor Lecks gewarnt wird. Bayer arbeite daran, betreibe das Sirenenprojekt aber nicht weiter, weil die Pipeline noch vor Gericht verhandelt wird.

Erhebliche Bedenken, was die Ausstattung der Feuerwehr betrifft, äußerte Kreisbrandmeister Friedrich-Ernst Martin. Die Sauerstoff- Vorräte der eingesetzten Feuerwehrleute reichten maximal 45 Minuten. Bei einem größeren Leck mit vielen Verletzten in Wohnhäusern viel zu wenig Zeit, um alle Menschenleben zu retten, so Martin. Die Feuerwehr brauche darüber hinaus Spezialfahrzeuge, um überhaupt gefahrlos in die Nähe eines Lecks zu fahren. Nach wie vor strittig bleibt auch die Alarmierung. Im Fall eines Lecks, das Bayer selbst erkennt, wird zunächst die Werksfeuerwehr und dann erst die Feuerwehr informiert.

"Die Bezirksregierung handelt ohne Rücksicht auf Verluste", sagte Klaus-Dieter Völker (CDU). Da sei offenbar eine mächtige Bayer-Lobby aktiv. Im Kreis Mettmann gehe man nun davon aus, dass

sich die Bezirksregierung nicht weiter einmischen möchte. Statt dessen sei man angehalten, auf eigene Kappe so genannte Sonderschutzpläne zu erstellen.

21.06.2010

(www.rp-online.de / von Jürgen Fischer)

CO-Pipeline: Hendele und Büssow im Clinch

Mettmann. Einen heftigen Schlagabtausch im Streit um Bayers CO-Pipeline liefern sich der Düsseldorfer Regierungspräsident Jürgen Büssow und Landrat Thomas Hendele. Nachdem die Rheinische Post die kritische Sicht des Kreisrechtsdezernenten Nils Hanheide und der Feuerwehr zum Alarm- und Gefahrenabwehrplan (AGAP) veröffentlicht hatte, reagierte die Bezirksregierung mit einer Stellungnahme, in der die Vorwürfe zurückgewiesen wurde. Umgehend stärkte daraufhin der Landrat seinem Dezernenten den Rücken.

Die Bezirksregierung bestreitet, das der AGAP nicht ausreichend mit Behörden, so mit dem Kreis Mettmann und seinen Feuerwehren, abgestimmt sei. Alle Fragen seien geklärt, alle Gefahrenabwehrbehörden (also auch die Feuerwehren - Anm.d. Red.) seien einverstanden. In einem aufwändigen Verfahren, sei "Einvernehmen zwischen Bayer und den Kreisen und Städten über die jetzige Fassung des AGAP erzielt worden." Der Mettmanner Kreisbrandmeister Friedrich-Ernst Martin habe alle Unterlagen und sämtliche Fassungen des AGAP erhalten. Damit sei der Kreis ständig informiert gewesen.

Hendele reagierte empört auf diese Behauptungen. Der Kreis habe zu keinem Zeitpunkt sein Einverständnis mit dem AGAP erklärt, auch das einer anderen Gefahrenabwehrbehörde sei nicht bekannt. Er verwies noch einmal auf zwei Schreiben, in denen der Kreis Regierungspräsident Büssow auf offene Fragen hingewiesen habe.

Der Kreis Mettmann habe als einziges Mitglied der Arbeitsgruppe die unmittelbare Alarmierung der Kreisleitstelle vorgeschlagen, so die Bezirksregierung. Da alle anderen Beteiligten mit der Regelung, Alarm erst bei Bayer einlaufen zu lassen, einverstanden gewesen seien, habe man dem Wunsch des Kreises nicht folgen können. Hendele betont dagegen, aufgrund der Betroffenheit des Kreises von der CO-Pipeline sei die unmittelbare Alarmierung der Kreisleitstelle notwendig. Abschließend äußert er "Unverständnis", dass die Bezirksregierung den Abstimmungsprozess einseitig abgebrochen habe.

02.06.2010

(Rheinische Post)

Gespräch von Bayer mit Initiativen über CO-Pipeline

Experten von Bayer MaterialScience (BMS) und Vertreter der Initiativen gegen den Bau der Kohlenmonoxid-Pipeline zwischen den Produktionsstätten Dormagen und Uerdingen trafen sich jetzt in Leverkusen zu einem Informationsaustausch. "Das dreistündige Gespräch verlief konstruktiv und sachlich", erklärten die Teilnehmer nach dem Treffen.

Es wurden neben dem Verbund-Konzept für die drei BMS-Niederrhein-Standorte und Sicherheitsfragen viele weitere Themen angesprochen und dabei zahlreiche Informationen ausgetauscht. In den grundsätzlichen Fragen und in der Bewertung von Alternativen konnte keine Annäherung erreicht werden. Einig waren sich beide Seiten: "Die Diskussion wird untereinander und öffentlich weiter fortgeführt." Für die Pipeline-Initiativen waren Erich Hennen, Dieter Donner, Wolfgang Cüppers und Marlis Elsen der BMS-Einladung nach Leverkusen gefolgt. Das Unternehmen vertraten Chefsingenieur Dr. Jürgen Hinderer sowie die Projektleiter Werner Breuer und Guido Baumann.

27.04.2010

(www.rp-online.de / von Joachim Preuss)

Bayer sichert CO-Pipeline

In Breitscheid stellte Bayer Material Science gestern das Sicherheitskonzept entlang der CO-Pipeline vor. Der Konzern will Feuerwehren bei der Anschaffung zusätzlicher Geräte "unterstützen".

Bayer hält weiter am umstrittenen CO-Pipeline-Projekt fest. Man rechne etwa zum Jahreswechsel, wenn alle Gutachten fertig seien, mit der Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Verwaltungsgericht, sagte gestern Werner Breuer, Projektleiter von Bayer MaterialScience.

Man sei zuversichtlich, die Genehmigung zur Inbetriebnahme zu bekommen. In Breitscheid stellte er eine der insgesamt fünf Absperrstationen zwischen Dormagen und Uerdingen vor. Diese Stationen seien Teil des Sicherheitskonzeptes. Breuer bemühte sich, die gesamte Pipeline als möglichst sicher darzustellen.

Das Kugelventil, so Breuer, befinde sich im CO-Rohr in etwa 1,40 Meter Tiefe. Oben ragt nur die Mechanik heraus: In einem kompass-ähnlichen Gehäuse zeigt ein Dreieck an, ob es auf oder zu ist: Gestern war es geöffnet - trockene Luft sorgt im Innern des Rohres dafür, dass es nicht rostet. Die Anlage ist durch zwei massive T-Träger als Rammschutz gesichert.

"Selbst wenn jemand die Aufbauten absägt, bliebe nur eine zwei Millimeter große Undichtigkeit", so Breuer. Das würde sofort bemerkt: Ein Umgebungssensor misst die Außenluft, zusätzlich würde ein Druckabfall sofort Alarm auslösen. Das Ventil kann elektrisch per Fernsteuerung aus der Leitstelle in Uerdingen oder auch vor Ort per Hand bedient werden, falls mal ein Leck auftreten sollte.

Etwa drei bis fünf Tonnen CO-Gas befinden sich in den Abschnitten zwischen den Schieberstationen. In einem theoretisch durchgespielten Worst-Case-Szenario (schlimmster Unfall) wurde ein 54 Millimeter großes Loch mit bis zu fünf Tonnen Gasaustritt angenommen: Das habe eine Gaswolke in Form einer "Keule" von 800 Metern zur Folge. CO-Gas sei etwas leichter als Luft und vermische sich sofort, so Breuer. Gemeinsam mit der Bezirksregierung, der Werksfeuerwehr und den örtlichen Feuerwehren arbeite man an einem Alarm- und Gefahrenabwehrplan, so Breuer.

24.04.2010

(www.rp-online.de / von Petra Czyperek)

Zankapfel CO-Pipeline

Bayer-Vertreter, Landtagskandidaten, Bürgerinitiativen, Landrat, Bürgermeister und Verbandsvertreter diskutieren vor 350 Zuhörern bei "RP Moment mal" zur CO-Pipeline in Monheim.

Sie kamen aus Duisburg, Krefeld-Uerdingen, Ratingen, Erkrath, Hilden, Langenfeld und Monheim - rund 350 Zuhörer, die entlang der geplanten Trasse für den Transport des giftigen Gases wohnen. Sie verfolgten aufmerksam die von der Rheinischen Post veranstaltete Podiumsdiskussion in der Aula des Otto-Hahn-Gymnasiums am Berliner Ring in Monheim. Immer wieder waren emotionale Zwischenrufe zu hören.

"Die CO-Pipeline: Unkalkulierbares Risiko oder Notwendigkeit für den Industriestandort?" lautete der Titel. Das Podium war mit Bayer-Vertretern, Anti-Pipeline-Aktivistinnen und politischen Vertretern hochkarätig besetzt. RP-Redakteur Jörg Janßen moderierte den mehr als dreistündigen Schlagabtausch.

Zunächst bezogen alle Teilnehmer noch einmal Position: Dr. Tony van Osselaer vom Vorstand der Bayer Material Science (BMS) bekräftigte, für den Konzern gebe es keine Alternative zur

Pipeline. Bayer habe bereits einen hohen zweistelligen Millionenbetrag investiert. Durch den Verbund sollten die Standorte am Rhein gestärkt und Arbeitsplätze gesichert werden.

Auch die geplante zweite Herstellungsanlage für Kohlenmonoxid in Dormagen mache die Gasleitung nach Uerdingen keinesfalls überflüssig, machte Werner Breuer (Projektleiter CO-Pipeline) die Hoffnungen der Landtagskandidaten Helmut Konrad (Grüne) und Hans-Dieter Clauser (CDU) zunichte. Im Gegenteil: Sie sei auch dann notwendig, wenn anders als in den Ursprungsplanungen angenommen, künftig sehr viel mehr Kohlenmonoxid vor Ort in Dormagen benötigt werde.

Tenor: Überschüsse wird es auch in diesem Fall geben; ein Verbund mit Uerdingen bleibe nötig, um Kapazitäten jeweils dorthin zu lenken, wo sie gerade gebraucht würden.

06.03.2010

(www.rp-online.de / von Joachim Preuss)

Bis zur letzten Instanz

Die Sondersitzung der Bürgerschaft Breitscheid zum Thema CO-Pipeline war hochkarätig besetzt. Versäumnisse bei Landtag und Kommunen. Stadt Ratingen will alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen.

Der NRW-Landtag wird es wohl nicht fertig bringen, sich auf Antrag der Grünen gegen die Inbetriebnahme der CO-Pipeline auszusprechen. Das mutmaßte CDU-MdL Dr. Wilhelm Droste bei der Versammlung der Bürgerschaft Breitscheid. Im fast vollbesetzten Gemeindesaal im Roten Turm ging es teilweise hoch her. Gegen die Inbetriebnahme will die Stadt bis zur letzten Instanz streiten. Bis dahin könnten noch viele Jahre vergehen – und die Zeit arbeite gegen Bayer, hieß es.

Reinhard Krekler, Vorsitzender der Bürgerschaft, hatte das Podium wieder hochkarätig besetzt: Neben Droste informierten auch Rechtsamtsleiterin Brigitta Brakmann, Kläger-Anwalt Dr. Jochen Heide, Erich Hennen von der Partner-Initiative aus Duisburg Süd, und Prof. Hans Petry aus Ratingen.

Viel Raum nahm die Diskussion ein, warum der Landtag NRW vor Jahren überhaupt das umstrittene Enteignungsgesetz einstimmig beschließen konnte. Droste gab zu, dass aus heutiger Sicht bei diesem Verfahren "so ziemlich alles schief gegangen ist, was schiefgehen konnte".

Das Enteignungsgesetz, das bei solchen Vorhaben an der Tagesordnung sei und die Grundstücksangelegenheiten vereinfachen soll, sei vom Landtag auf Antrag der Bezirksregierung beschlossen worden. Droste sagte, dass er und seine Kollegen auf dem Gebiet keine Fachleute seien: Zuvor waren über 100 Träger öffentlicher Belange (TöB), wie beispielsweise alle betroffenen Städte, gefragt worden: "Niemand hat Bedenken geäußert." Doch angesichts der Erkenntnisse, die jetzt vorlägen, sei das Projekt "nicht mehr haltbar, nicht mehr verantwortbar". Es werde aber auf eine Entscheidung der Gerichte hinauslaufen, so Droste.

"In schlechter Gesellschaft"

Brakmann bestätigte, dass man zehn bis 20 Leitz-Ordner zur Prüfung bekommen habe, doch bei der Verwaltung gebe es keine Chemiker – wie anderswo. Da sei die Stadt eben "in schlechter Gesellschaft" gewesen. "Es haben alle geschlafen und fast alle Fristen versäumt", sagte Heide. Wenn der Landtag das Enteignungsgesetz zurücknehme, sei das genehmigte Planfeststellungsverfahren noch nicht aus der Welt.

Nun könne man aber gegen die vielen Änderungen, gegen "das ganze Gemurkse, gegen alles, was hingepfuscht wurde", klagen. Das macht Jörg Maaßhoff, CDU-Ratsherr aus Breitscheid, mit finanzieller Unterstützung der Stadt. Insgesamt gebe es nur drei Privatkläger, so Heide. Angesichts der über 105 000 Protestunterschriften sei das viel zu wenig.

Brakmann kündigte an, dass die Stadt "bis zur letzten Instanz" klagen werde. "Wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass die Pipeline nicht in Betrieb gehen wird", so Brakmann.

Allerdings stehe allen Gegnern noch ein langer Weg bevor: "Bleiben Sie aktiv! Wir werden noch einen langen Atem brauchen. Das Thema muss präsent bleiben." (Artikel bei rp-online)

02.02.2010

(www.rp-online.de / von Joachim Preuss)

Breitscheid: Sorge um Bomben

Breitscheid (RP) Entlang der CO-Pipeline wird nur in "Verdachtsgebieten" nach Kampfmitteln gefahndet. Breitscheid gehört nicht dazu: Dabei war dort Kreuzungspunkt für Nachschubwege. Die Bürgerschaft ist sauer.

Die Bürgerschaft Breitscheid fordert eine Bombensuche entlang der CO-Pipeline-Trasse in ihrem Stadtteil. Wie berichtet, ist im Auftrag des Kampfmittelräumdienstes derzeit eine Spezialfirma an der Gasleitung unterwegs, um Relikte aus dem Zweiten Weltkrieg zu suchen.

Doch Reinhard Krekler, Vorsitzender der Bürgerschaft, fordert eine intensive Untersuchung auch in seinem Bereich. Unterstützung bekommt er von Erich Hennen, Sprecher der Pipeline-Gegner in Duisburg: "Breitscheid war im Krieg ein Kreuzungspunkt für den Nachschub." Also auch ein Bombenziel. Das könnten viele alte Anwohner bestätigen. Doch ausgerechnet dort werde nicht gesucht - genauso wenig wie an vielen anderen Stellen entlang der Giftgasleitung.

Die Duisburger Initiative hatte 2007 aufgedeckt, dass im Vorfeld der Trassenverlegung nicht intensiv nach Blindgängern gesucht worden war, so wie das bei jedem Bauvorhaben eigentlich normal ist. Seit etwa sechs Wochen wird nun teilweise mit aufwändiger Technik entlang der bereits verlegten Rohre gesucht.

Im Duisburger Süden wurden nur wenige Meter neben der Trasse prompt zwei 500-Kilo-Bomben gefunden und entschärft. Hennen betont, dass seine Initiative sogar in den USA und England recherchiert habe und zum Beispiel mit Bomberpiloten gesprochen habe: Daher wisse man, dass gerade der an Breitscheid angrenzende Duisburger Süden Notabwurfgebiet war: Wenn beispielsweise die Piloten, die die Kruppschen Waffenschmieden anfliegen sollten, in Sperrfeuer gerieten und abdrehen mussten. Um wieder die Heimat erreichen zu können, mussten sie sich der Bombenlast entledigen. Egal wo. Denn die Treibstoffvorräte waren genau berechnet.

28.01.2010

(Pressemitteilung der Bürgerschaft Breitscheid e.V.)

Flyer "CO-Pipeline der Bayer AG"

In der öffentlichen Mitgliederversammlung im "Roten Turm" in Breitscheid am 7. August 2009, an der viele Gäste, u.a. Bürgermeister Birkenkamp, der Rechtsanwalt Dr. Heide sowie Fachleute und Sprecher benachbarter Bürgerinitiativen teilnahmen, wurde einstimmig beschlossen, die Protestbewegung gegen Gefahren der Kohlenmonoxid-Gasleitung offensiv zu unterstützen.

Zu diesem Zweck wurde eine enge Zusammenarbeit mit der Initiative "Contra Pipeline Duisburg-Süd" vereinbart. Damit hat sich die Kette der Pipeline-Gegner von Monheim über Langenfeld, Hilden und Erkrath bis nach Duisburg geschlossen. Bisher wurden über 100.000 Unterschriften in den genannten Städten gesammelt.

Die Bürgerschaft Breitscheid e. V. hat inzwischen ein Informationsblatt mit Antwortkarte in den Ratinger Stadtteilen Breitscheid, Hösel, Eggerscheid und Homberg verteilen lassen. Außerdem

wurde dieser "Flyer" in einem Einkaufszentrum den Besuchern angeboten. Diese Aktion brachte bisher 1.200 Unterschriften gegen die Inbetriebnahme der Gasleitung. Die Bürgerschaft Breitscheid e. V. dankt allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, die sich bisher beteiligt haben. Die Unterschriften werden zu gegebener Zeit zusammen mit den Adressen der Nachbarinitiativen an die zuständige Stelle weitergeleitet. Über die weitere Entwicklung informiert die Bürgerschaft Breitscheid e. V. auf ihrer Homepage.

Die nächste Mitgliederversammlung ist für Donnerstag, den 4. März 2010, 19.30 Uhr im "Roten Turm", Alte Kölner Straße 16, Ratingen-Breitscheid vorgesehen. Auch hier wird über den neuesten Stand berichtet. Gäste sind willkommen.

Die Bürgerschaft Breitscheid e. V. wird immer bemüht sein, für die Sicherheit in unserem Stadtteil einzutreten. Weitere Unterstützung von den Bürgern bleibt erforderlich.